

erschien ebenfalls vielfach. Meistens unter dem Titel: „Der Reichspost“, „Morgen-Ausgabe“, „Morgenblatt“, „Sport-Spiegel“, „U.K.K.“, „Das Hof Garden“, „Morgenblatt“, etc.



Verleger: und Abonnement-Verwaltung in Groß-Berlin: Hauptredaktion SW 19, Charlottenstr.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 504 Ausgabe für Berlin 53. Jahrgang Donnerstag, 23. Oktober 1924

Ebert an die befreiten Gebiete.

Der Dank der Reichsregierung. Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Klärung des Gebietes von Dortmund und Herde an die Oberpräsidenten der Provinz Westfalen nachfolgendes Telegramm geschickt: „Der Bevölkerung der nimmend von fremder Besetzung befreiten Gebiete der Provinz Westfalen überreichte ich namens des Reiches herzlichste Grüße.“

danfbarer Anerkennung ihrer treuen und festen Haltung während der Zeit der Besetzung begrüßt. Der Glückwunsch der preussischen Regierung. Wie der „Antliche preussische Presseblatt“ mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident namens der preussischen Staatsregierung an die Oberpräsidenten in Münster und Koblenz und die Regierungspräsidenten in Aachen, Düsseldorf, Köln und Wiesbaden Telegramme folgenden Inhalts gefandt: „Die preussische Staatsregierung gratuliert zum heutigen Tage die von der militärischen Besetzung frei gewordenen Verwaltungsgebiete der Provinzen Westfalen und Selters-Wassau, sowie der Rheinprovinz freudig und herzlich.“

Die Voraussetzung des Achtstundentags.

Lujo Brentano. In meiner Rede über den Achtstundentag auf dem internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag, am 2. Oktober (siehe „Berliner Tageblatt“, Morgenausgabe vom 4. Oktober) habe ich auf den bemerkenswerten Unterschied aufmerksam gemacht, der zwischen den deutschen und nichtdeutschen Arbeitervertretern in der Behandlung der Arbeitszeitfrage besteht. Die nichtdeutschen Arbeitervertreter betrachten die Verkürzung des Arbeitstages ausschließlich vom Standpunkte des sozialen Fortschritts; wirtschaftlich sehen sie darin eine Einschränkung der Produktion. Die deutschen erblicken in ihr außer dem sozialen Fortschritt die Ermöglichung und den Anreiz zur Steigerung der Produktion. Sie erst ermöglichen die zur Steigerung der Produktion nötige Steigerung der Arbeitsintensität oder zwingen, wo eine solche durch die Natur der Dinge ausgeschlossen sei, zu Fortschritten in der Technik und zur ökonomischen Organisation der Betriebe, um den durch Verringerung der Stundenzahl bewirkten Ausfall in der Produktion gut zu machen. Das dieser Gelegenheit in der Behandlung der Arbeitszeitfrage zwischen Deutschland und dem Ausland besteht, geht nicht nur aus den Ausführungen von Seipart und Umbreit im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats und der in meiner Rede wiedergegebenen Stelle aus dem Artikel von Albert Thomas in der „Revue de Paris“ und in den Meinungen der französischen Arbeitervertreter in der diesjährigen Versammlung des Internationalen Arbeitsamts in Genf hervor, es hat dies auch der in Prag nach mir sprechende Franzose bestätigt, als er — ich zitiere nach der „Prager Presse“ Nr. 273, Morgenausgabe vom 3. Oktober — mit dem Nennern in den Saal fohrte: „Wir können auf keinen Fall den Grundsatg zulassen, daß der Arbeiter in acht Stunden so viel leisten muß, wie in zehn Stunden.“

Demokratischer Parteitag am 2. November

Eine große Kundgebung in Berlin. Ein Aufruf des Parteivorstandes. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei erklärt folgenden Aufruf: Die Gegner der deutschen Demokratie glauben frohlocken zu können, weil im Zusammenhang mit den politischen Entscheidungen dieser Tage einige Abänderungen in der Demokratischen Partei stattgefunden haben. Wir wollen zeigen, daß die deutsche Demokratie nicht tot ist, sondern lebendig wirkt und schafft, erfüllt von dem Willen, die demokratische Idee zu einer Wahrheit unseres kulturell-gesellschaftlichen Lebens zu machen. Die Demokratie ist stärker als je. Deshalb berufen wir hiermit einen außerordentlichen Reichsparteitag am Sonntag, den 2. November dieses Jahres, nach Berlin ein. In einer wichtigen Kundgebung wollen wir zeigen, daß die Demokratische Partei einig, geschlossen und siegesicher ist. Die Kundgebung wird in folgendem Rahmen stattfinden: Sonnabend, den 1. November, abends: Empfangsabend. Sonntag, den 2. November, vormittags: außerordentlicher Reichsparteitag, nachmittags 5 Uhr: öffentliche Massenkundgebung in künstlerischer Umrahmung. Grundthema: „Deutscher Geist — demokratischer Wille“. Näheres wird noch mitgeteilt. Demokraten, wir erwarten Massenbesuch aus ganz Deutschland.

Wahlkampf und Deutsche Volkspartei. Die „Zeit“ gegen die „unbrüderliche“ Bruderpartei. Es war vorauszufragen, welchen „Erfolg“ die gloriose „Taktik“ der Herren Schulz und Curtius bei den Deutschnationalen haben würde. Ihrer ganzen Art nach mußten sie nach der ganzen Hand greifen, nachdem man ihnen nicht nur den kleinen, sondern gleich mehrere Finger gereicht hatte. Das heißt, daß man rechts von der Deutschen Volkspartei fest und bestimmt erwartete, sie werde gegenüber der „Brüderpartei“ im Wahlkampf alle Toleranzen über, selbst aber in Eigenbegehr alle Schritte hinweggehen, die man ihr im Interesse der nationalen „Belange“ verzeihen würde. Die Deutschnationalen haben denn auch keine Bedenken getragen, der Deutschen Volkspartei diese Rolle sofort zu verdeutlichen, denn der von ihnen geteilt veröffentlichte Wahlaufsatz sprach eine sehr klare Sprache. Eine so klare, daß man volksparteilichereits unwirlich Auffklärung verlangte. Die deutschnationalen Pressestelle hat darauf der Deutschen Volkspartei in zwei Zeilen ihre Lokalität beigezeichnet. Das war alles, aber der Volkspartei nicht genug. Die „Zeit“ schreibt: „Die Deutsche Volkspartei hat Beantwortung angenommen, sich mit ihrer gewöhnlichen Bezeichnung der Wahlpropaganda dieses Aufrufs zu wenden, die sich auf sie beziehen, und wir dürfen wohl erwarten, daß eine Nichtangabe des Entwurfs nach dieser Richtung erfolgen wird, nachdem sie durch ein Nebenblatt am Dienstag angeknüpft worden ist. Hier die Zeit, wie die den Deutschnationalen gedachten Besprechungen behandelt werden, ist nicht beizugehen, was uns an dem Aufrufe am wenigsten gefällt. Der ganze Aufruf steht in vollem Gegensatz zu der Politik, die die Deutschnationalen Partei und Herr Hertel gerade in den letzten Wochen getrieben haben. Verstehen wir ihn recht, und ist er mehr als eine Zusammenstellung von Schlagworten, dann ist er eine Aufgabe an den Parteiaktivismus überhaupt. Das geht aber nicht an. Man kann nicht gleichzeitig unter Berufung auf die Stärke der Partei den Anspruch auf die Zuteilung von Ministerposten erheben und den Parteiaktivismus überhaupt ablehnen. Man kann sich auch nicht bereit erklären, mit Parteien zusammenzugehen, die in bezug auf die Stellung zum Staate eine bejahende Haltung einnehmen und den Staat dann demütig angreifen, wie man es hier getan hat. Wir bedauern auch unendlich außerordentlich, daß in dem Aufrufe der Kampf gegen die Judenherlichkeit als Ziel des Wahlkampfes hingestellt wird. Das alles erschwert die Durchführung der Ideen, um deren Verwirklichung der Kampf der letzten Wochen gegangen ist. Dabei braucht nicht erst betont zu werden, daß die Deutsche Volkspartei als liberale Partei besonders mit dem Gedanken der Religionsfreiheit und der Abkehr nicht zu tun hat. Wir hoffen, daß die offizielle Parteiliste Wahlaufrufe nehmen wird, in ihrem Aufrufe das Eingetragene mehr zu betonen, als das Trennende.“

Kundgebung der demokratischen Studenten.

„Enge Verbindung mit der Demokratischen Partei.“ Wir erhalten folgende Zuschrift: „Ohne zur Politik der Demokratischen Partei in den letzten Monaten hiermit Stellung zu nehmen, nimmt der Reichsbund demokratischer Studenten Veranlassung zu folgender Erklärung: Die demokratische Studentenschaft hält an ihrer engen Verbindung mit der Partei fest. Sie hält es für ihre Pflicht, ihre Kräfte der Partei insbesondere für den kommenden Wahlkampf nutzbar zu machen. Der Reichsbund demokratischer Studenten wehrt sich in dieser Erklärung auf Grund einer einstimmigen Entscheidung des Vertretertages vom 17. bis 19. Oktober 1924 mit allen seinen im Reich bestehenden Gruppen einig.“

Die Deutsche Volkspartei hat demnach immerhin doch Bedenken, den ihr mit spätklicher Lebergeiz angebotenen Platz im Anhängen einzunehmen. Verwunderlich ist nur, daß sie sich überhaupt wunderte, und scherzhaft mutet es an, daß die „Zeit“ es trotz ihrer Entrüstung, trotz ihrer durchaus richtigen Beweisführung unterläßt, die sich aufdrängenden Schlussfolgerungen zu ziehen, und stattdessen als lächerlich bereits im Anfangen zu tun — nur sich durch ein erneutes deutschnationalen Wahlaufsatz petitioniert. Da wo sie aber vergeblich wartet!

Einige Steigerung der Produktivität aber kann nur stattfinden, sei es durch Verbesserungen in der angewandten Technik oder der ökonomischen Betriebsorganisation, die es durch erhöhte Arbeitsintensität, welche leistungsmäßig nur bei Verkürzung des Arbeitsbaurer möglich ist. Verbesserungen in der angewandten Technik und Betriebsorganisation setzen aber vermehrten Kapitalaufwand voraus. Ich habe in meiner Rede hervorgehoben, daß vor der Ruhrbesetzung große Kapitalanlagen zum Zweck von Betriebsverbesserungen in Deutschland stattgefunden haben; aber infolge der die völlerrechtswidrige Ruhrbesetzung begleitenden Inflation sei Deutschland bekannt; bei dem heute in Deutschland herrschenden exorbitanten Zinsfuß sei die Steigerung der Produktivität durch Mehrverwendung von Kapital in die Betriebe ausgeschlossen. Daher ist auch das Londoner Abkommen mit der Washingtoner Weisungen, welche den Achtstundentag allen Völkern gleichmäßig auferlegen möchten, für unvereinbar erklärt habe. Die anwesenden Deutschen, Deutschreicher, Schweizer, Holländer haben, wie die Zeitungen verzeichnen, mir hitzartig Beifall gesollt. Nur Professor Grünberg hat mir widersprochen. Nicht als ob er den Deutschen einen Weg gezeigt hätte, um zu dem zu einer Verbesserung in der Technik oder ökonomischen Organisation der Betriebe nötigen Kapital zu gelangen. Er hat mir lediglich eine Duelle (aber ohne confitures) vorgesetzt, die mir Gien hergeschickt war, die ich selbst vor Dezzennien gegessen habe. Er hat mich nämlich einbringlich belehrt, daß ohne Verkürzung der Arbeitsdauer keine Steigerung der Arbeitsintensität möglich sei, und im Interesse der letzteren den Achtstundentag verlangt, worauf Jouhaux eigentlich auch gegen ihn hätte losbrüllen müssen. Aber Grünberg hat ganz außer acht gelassen, daß es, wie auch Dr. Wolf in Stuttgart, der in seinen großen Betrieben schon 1904 den Achtstundentag eingeführt hat, im Reichsbund der Arbeiter, die in den Arbeitervertretern in der Arbeitstagesfrage, daß nämlich im Arbeiter ein persönliches